

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Inge Kazamel (SPD) vom 01. 06. 90

und Antwort des Senats

Betr.: Sicherheit von Atomtransporten

In einem Strafverfahren gegen vier „Atomtransport-Blockierer“ ist das Amtsgericht Heilbronn Ende Mai der Auffassung der Staatsanwaltschaft gefolgt, die erklärt hatte, sie habe in diesem Fall absolut kein Interesse an einer Bestrafung. Es kam also in diesem Fall zu keinen Verurteilungen. Dies geschah vor dem Hintergrund, daß es bei den in Frage stehenden Atomtransporten aus dem AKW Neckarwestheim zu falschen Gewichtsangaben der Lkw mit ihrer Ladung gekommen war. Diese unrichtigen Angaben über das tatsächliche Gewicht der Ladung mit „abgebrannten“ Brennstäben führte zu deutlich höheren Belastungen von Brücken, die für solche Gesamtbelastungen nicht zugelassen waren (siehe Artikel in der „FR“ vom 22. Mai 1990).

In diesem Zusammenhang ergeben sich auch hinsichtlich Hamburgs einige grundsätzliche Fragen.

Ich frage daher den Senat:

- 1. Inwieweit ist sichergestellt, daß Atomtransporte (insbesondere mit „abgebrannten“ Brennstäben) lediglich solche Brückenbauwerke befahren, die auch der tatsächlichen Belastung standhalten?*

Für Transporte auf der Straße sind Erlaubnisse der zuständigen Straßenverkehrsbehörde nach § 29 Absatz 3 der Straßenverkehrsordnung erforderlich, wenn die zulässigen Gesamtgewichte überschritten werden. Im Erlaubnisverfahren wird die vorgesehene Fahrstrecke u. a. in bezug auf die Belastbarkeit der Brücken geprüft.

Bei Transporten mit der Eisenbahn erfolgt eine entsprechende Prüfung der Fahrstrecke durch die Deutsche Bundesbahn.

- 2. In welchem Umfang werden (und wurden) die Gewichtsangaben solcher Atomtransporte durch Hamburg überprüft?*

Transporte abgebrannter Brennstäbe, die über hamburgisches Staatsgebiet geleitet wurden, erfolgten bisher — auch im Hinblick auf die erreichten hohen Gewichte bis zu etwa 100 t — ausschließlich auf der Schiene.

Bei Kernbrennstofftransporten (z. B. unbestrahlte Brennelemente, Uranhexafluorid) werden derartig hohe Gewichte bei weitem nicht erreicht. Es gibt jedoch auch keine Anhaltspunkte für die Annahme, daß bei diesen Transporten die nach dem Straßenverkehrsrecht zulässigen Gesamtgewichte überschritten werden. Deshalb sind bisher bei diesen Transporten keine Gewichtskontrollen durchgeführt worden.

- 3. Wo stehen Wiegeeinrichtungen in Hamburg, die eine Kontrolle des tatsächlichen Gewichts ermöglichen, und gibt es insbesondere auch Waagen, die vor der Durchfahrt Hamburgs eine Kontrolle durch die Stadt ermöglichen?*

Öffentliche Waagen stehen in Hamburg in großer Anzahl zur Verfügung. Für Gewichtskontrollen vor der Durchfahrt durch Hamburg können Wiegeeinrichtungen in unmittelbarer Nähe der Autobahnabfahrten benutzt werden.

- 4. Hat es ggf. bei Kontrollen des tatsächlichen Gewichts unrichtige Angaben ergeben, und welche Maßnahmen hat die Stadt bislang in solchen Fällen ergriffen?*

Siehe Antwort zu 2.